



SENAT DER HANSESTADT ROSTOCK
- OBERBÜRGERMEISTER -

SENAT DER HANSESTADT ROSTOCK
Neuer Markt 1, Rostock 2500

Innenministerium des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Herrn Minister Dr. Diederich

Datum

Karl-Marx-Str. 1

26. Juli 1991

0 - 2750 Schwerin

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Diederich,

die in den letzten Wochen eskalierenden Probleme um die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock Hermann-Matern-Str.) zwingen mich, Sie mit Nachdruck auf diese Probleme aufmerksam zu machen und auf schnellste Veränderungen zu drängen.

Die ZAST Rostock ist völlig überlastet. Dieses Objekt kann, nach Auskunft seines Leiters, 200 Asylbewerber unter für die Menschen zumutbaren Bedingungen aufnehmen. Gegenwärtig (Stand 24. 7. 1991) sind aber 278 Personen im Haus untergebracht und weitere 80 Asylbewerber befinden sich in zwei Turnhallen der Stadt.

Dieser Zustand ist vor allem deshalb eingetreten, da die Zahl der Direktbewerber, also derjenigen, die nicht über Hamburg zugewiesen werden, sondern sich nach der Einreise in Deutschland direkt in der ZAST Rostock melden, sprunghaft angestiegen ist. Allein am 22. 7. 1991 meldeten sich z. B. 140 Direktbewerber, hinzu kamen fast 40 aus Hamburg zugewiesene Asylbewerber. Da das Aufnahmeverfahren in der ZAST mindestens 4 Tage dauert, kann die Lösung nicht in einer schnelleren Verteilung der Asylbewerber liegen. Nach Informationen des Bundesgrenzschutzes ist mit einem weiteren Zustrom von Direktbewerbern zu rechnen.

Damit kann der Umstand, daß die ZAST die eingetroffenen Direktbewerber sowie die aus Hamburg zugewiesenen Asylbewerber nicht unterbringen kann, praktisch täglich wieder eintreten. Die Bereitstellung von zusätzlichen Notquartieren durch die Hansestadt Rostock ist, vor dem Hintergrund zahlreicher anderer Probleme, nur für die begrenzte Zeit möglich und kann in keiner Weise eine Lösung des Problems darstellen.

Hinzu kommt, daß das Objekt Hermann-Matern-Str. als ZAST für Mecklenburg-Vorpommern denkbar ungeeignet ist. Die Lage mitten in einem großstädtischen Wohngebiet innerhalb eines großen Häuserblocks provoziert geradezu eine Masse an Problemen. Gekoppelt mit der Überbelegung des Objektes entstehen für die Bewohner der übrigen Aufgänge des Häuserblocks sowie die Bewohner der umliegenden Häuser unzumutbare Belastungen.

In immer stärkerem Maße sind kriminelle Handlungen von Asylbewerbern zu verzeichnen. Die in Rostock aufgegriffenen Glücksspieler kommen nahezu vollständig aus der ZAST. Nach Aussagen des Leiters des Objektes mehren sich Anzeichen von beginnendem Rauschgifthandel sowie Prostitution von Minderjährigen. Die Lage des Objektes mitten in einem Wohngebiet begünstigt die kriminellen Handlungen in herausragender Weise. Erschwerend wirkt, daß das gegenwärtige Wachpersonal bei der Gewährleistung einfachster Normen von Ordnung und Sicherheit völlig überfordert ist.

Diese Probleme, die im Zusammenhang mit der ZAST stehen, haben in den letzten Wochen in gravierender Weise die Ausländerfeindlichkeit in Rostock gefördert. Bemühungen zur Integration ausländischer Bürger in Rostock werden dadurch immer wieder untergraben. Die Sicherheit aller ausländischen Bürger in Rostock ist in einem deutlich höheren Maße gefährdet. Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Bürgern nehmen zu. Schwerste Übergriffe bis hin zu Tötungen sind nicht mehr auszuschließen.

Befremdlich war für uns in diesem Zusammenhang, daß Herr Dr. Bednora im Auftrag von Ministerpräsident Gomolka in einer Antwort auf ein Schreiben der Nord-Süd-Foren Rostock und Bremen formuliert hat, daß "die Unterbringung und soziale Betreuung der Asylbewerber sich im wesentlichen problemlos gestaltet."

Gleichzeitig stellte er fest, "daß ein Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars bei den Vereinten Nationen im Rahmen seines Besuches in Mecklenburg-Vorpommern die Art und Weise der Unterbringung von Asylbewerbern in unserem Bundesland positiv hervorgehoben hat."

Eine telefonische Rückfrage bei Herrn Buchhorn, dem erwähnten Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars, ergab, daß er auf die komplizierte Situation in der ZAST Rostock hingewiesen hat. Dabei hat er nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß bei einem größeren Zustrom von Direktbewerbern, so wie jetzt eingetreten, die Zustände in der ZAST unhaltbar sind.

Die Lösung dieses Problems kann nur in der Verlagerung der ZAST in ein größeres Objekt bestehen. Dieses Objekt darf sich nicht in einem großstädtischen Raum befinden, um alle o.g. Faktoren, die Kriminalität begünstigen, auszuschließen. In vielen Bundesländern wurde bei der Wahl des Standortes der ZAST auf der Grundlage dieser Überlegung entschieden.

Ich ersuche Sie nochmals für dieses dringliche Problem eine Lösung zu finden, da weder den Asylbewerbern in der ZAST noch den deutschen und ausländischen Bürgern in Rostock die gegenwärtige Situation länger zugemutet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Kilimann
Oberbürgermeister

**Der Innenminister
des Landes
Mecklenburg-Vorpommern**

Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 544, O-2750 Schwerin

Senat der
Hansestadt Rostock
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Kilimann
Neuer Markt 1

O-2500 Rostock

Hansestadt Rostock
Der Oberbürgermeister

EINGEGANGEN

- 2. Sep. 1991

Erled. .7.6.8.2.



O-2750 Schwerin
Karl-Marx-Straße 1
(Eingang Wismarsche Straße 133)

☎ Schwerin : 5 74-0
Telefax : 5 74-24 43/24 37
Telex : 32 377

Ihr Zeichen / vom

Mein Zeichen / vom
II 8

Telefon
574 2241

Datum
28.08.1991

Betr.: Unterbringung von Asylbewerbern

Bezug: Ihr Schreiben vom 26. Juli 1991 sowie Besprechung zwischen
Herrn Senator Rudloff und dem Unterzeichner

Sehr geehrter Herr Dr. Kilimann,

ich bestätige dankend Ihr Schreiben vom 26. Juli 1991.
Die Sorge um die Unterbringung der Asylbewerber, deren Zahl ständig steigt, teile ich mit Ihnen, insbesondere die Probleme mit der Zentralen Aufnahmestelle in der Hansestadt Rostock.

Sie können versichert sein, daß ich mich intensiv darum bemühe, wie Herrn Senator Rudloff im Gespräch am 18. Juli 1991 zugesichert wurde, eine andere geeignete Unterkunft für ankommende Asylbewerber zu finden. Wie Sie selbst wissen, stößt dies auf Schwierigkeiten, die nicht kurzfristig überwunden werden können. Ich hoffe jedoch, daß es gelingt, diese Probleme alsbald zu lösen.
Die in Ihrem Schreiben aufgegriffene Äußerung von Herrn Buchhorn, als einen Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars, bestätige ich. Herr Buchhorn hat im Beisein einer meiner Mitarbeiter die Probleme und die besonderen Schwierigkeiten der derzeitigen ZAST in Rostock erkannt und mit meinem Mitarbeiter Einvernehmen dahingehend erzielt, daß die beste Lösung darin bestehen würde, die ZAST an anderer Stelle unterzubringen. Dennoch wurde auch darauf hingewiesen, daß derzeit unter den gegebenen Verhältnissen die Betreuung der Asylbewerber in der ZAST nicht zu beanstanden sei. Die Äußerung von Herrn Dr. Bednarz bezog sich auf die Unterbringung der Asylbewerber nach ihrer Zuweisung in die Kreise und kreisfreien Städte unseres Landes. Das auch dort Unterbringung und Betreuung nicht ohne Schwierigkeiten und Komplikationen gestaltet werden, ist Ihnen wie mir, nicht nur aus der vielfältigen Berichterstattung, bekannt.

Die Betreuung der Asylbewerber in unserem Lande kann nur dann erfolgreich sein, wenn Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden sowie das Land sich gemeinsam dieser Aufgabe stellen und gemeinsam nach den besten Lösungen suchen.

Im Auftrag



R u s c h